

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

24.8.1928 (No. 197)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.
E. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einsch. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühren 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Vor der Kellogg-Konferenz

Ankunft Kelloggs in Frankreich

Der amerikanische Staatssekretär des Außern, Kellogg, traf heute in Frankreich ein. Kellogg und der kanadische Premierminister Mackenzie King landeten am Donnerstag in Plymouth, von wo sie nach Le Havre fuhren, um von dort mit Sonderzug nach Paris zu fahren.

Bei einem Empfang in Plymouth erklärte Kellogg: Es gibt für mich und den kanadischen Premierminister keine größere Genugtuung, daß wir nach Paris reisen, um einen Vertrag zu unterzeichnen, der dem Krieg ein Ende machen soll. Der Pakt ist nicht das Werk eines Mannes oder eines Volkes, sondern das Werk vieler Völker und vieler Männer. Er entspringt dem Herzen der gegenwärtigen Generation, die in ihrer Gesamtheit von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, daß jede Maßregel getroffen wird, von der man hoffen kann, daß sie das große Unglück eines neuen Krieges beschwören werde. Ich glaube, daß der Pakt einen Meilenstein auf dem Wege der Zivilisation darstellt, daß er in enger Beziehung einen großen Schritt nach vorwärts bedeutet, und daß er tatsächlich ein Vertrag ist, auf dessen Bestehen die Völker von jetzt ab Rücksicht nehmen müssen, ehe sie sich auf den Krieg einlassen. Soweit die Vereinigten Staaten und Kanada in Betracht kommen, darf man sagen, daß wir einen solchen Vertrag nicht erst nötig haben. Zwischen uns besteht schon ein Vertrag, der in dem Frieden und in dem Herzen unserer beiden Völker niedergelegt ist.

W.D. Le Havre, 24. Aug. (Tel.) Der Dampfer „Ile de France“, auf dem sich Staatssekretär Kellogg und der kanadische Außenminister Mackenzie King befinden, ist um 3,30 Uhr heute früh in den Hafen eingelaufen.

Die Unterzeichnungsfeierlichkeiten

Das vom französischen Ministerium festgesetzte Programm der Veranstaltung anlässlich der Unterzeichnung des Antikriegspaktes entspricht im wesentlichen dem, was bereits bekannt ist. Um die Bedeutung dieses diplomatischen Aktes zu betonen und die in Paris weilenden fremden Minister des Außern zu feiern, werden die öffentlichen Gebäude am Sonntag und Montag besetzt werden. Die ausländischen Delegierten werden bei ihrer Ankunft von Vertretern des Präsidenten der Republik und der Regierung begrüßt werden.

Der Unterzeichnungsakt selbst ist auf Montag, den 27. Aug., nachm. 3 Uhr, anberaumt. Die Unterzeichnung erfolgt in der alphabetischen Reihenfolge der unterzeichnenden Staaten, beginnt also mit derjenigen Deutschlands. Im Unterzeichnungsraum, dem Ehrensaal, werden nur die bevollmächtigten in Paris akkreditierten Vertreter der unterzeichnenden Staaten, und nicht, wie ursprünglich berichtet, das ganze diplomatische Korps anwesend sein. Der Zeremonie soll auch durch Radioübertragung weiteste Publizität gegeben werden. Am Abend des Unterzeichnungsabends findet im Ministerium des Außern ein großes Bankett statt, anschließend ein Empfang in den Räumen des Quai d'Orsay, verbunden mit einem Gartenfest. Am Vorabend des Unterzeichnungsabends geben Staatssekretär und Frau Kellogg den bevollmächtigten Delegierten in der amerikanischen Botschaft ein Essen.

Die bevollmächtigten Delegierten für die Unterzeichnung des Antikriegspaktes treffen in Paris wie folgt ein: Am heutigen Freitag: Afrika-Japan, Kellogg-Vereinigte Staaten, Mackenzie King-Kanada, Smith-Südafrika; am Samstag: Benesch-Tschechoslowakei, Symmans-Belgien, Mac Lachlan-Australien, Barre-Neuseeland; am Sonntag: Cosgrave-Irland, Jaleski-Polen, Dr. Stresemann-Deutschland, und Cusendun-England.

Die Einladungen zum Beitritt zum Antikriegspakt

W.D. London, 23. Aug. (Tel.) Der Sonderkorrespondent der „Times“ an Bord des Dampfers „Ile de France“ meldet, er könne zuverlässig mitteilen, daß Kellogg seine Zustimmung dazu gegeben habe, daß der Vertrag am dem Tage nach der Pariser Zeremonie für alle anderen Mächte zur Unterzeichnung offenstehen soll und daß die amerikanischen Botschafter oder Gesandten den Wortlaut des Vertrages der Regierung des Landes, bei dem sie beglaubigt sind, übergeben, ihnen eine offizielle Mitteilung von der Unterzeichnung durch 15 Mächte machen und sie einladen werden, dem Vertrage beizutreten. Die 43 Länder, mit denen die Vereinigten Staaten offizielle diplomatische Beziehungen haben, würden eingeladen werden. Auch Sowjetrußland werde eingeladen werden, aber, um jeden Anschein einer offiziellen Anerkennung des Sowjetregimes zu vermeiden, hätten die Vereinigten Staaten den Ausweg gewählt, Frankreich zu gestatten, die Einladung auf Sowjetrußland auszudehnen. Ebenso werde China eingeladen werden, trotzdem es von den Vereinigten Staaten nur de facto anerkannt ist.

W.D. London, 24. Aug. (Tel.) Der Dankgottesdienst in der Londoner Kirche St. Martin in the Fields, der am nächsten Montag zwischen 6 und 6,30 Uhr nachmittags anlässlich der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes abgehalten wird, wird durch Rundfunk verbreitet werden. Die Geistlichen der ausländischen Kirchen in London, Vertreter der Botschaften, der freien Kirchen und von Friedensgesellschaften werden daran teilnehmen.

Stapellauf eines Motorschiffes in Danzig. Auf der Schiffsanwerft in Danzig lief das für die Mittelamerikafahrt bestimmte Passagier- und Frachtmotorschiff „Magdalena“ der Hamburg-Amerika-Linie vom Stapel. Das Schiff hat einen Raumgehalt von 9000 Brutto-Tonnen und erreicht eine Stundengeschwindigkeit von 15 Knoten.

Letzte Nachrichten

Polizeikommissar Bauer aus der Haft entlassen

W.D. Landau, 24. Aug. (Tel.) Polizeikommissar Bauer ist heute früh um 8 1/2 Uhr aus der Haft entlassen worden. Er begibt sich von hier nach Mannheim.

Der Fürst zu Wied und der albanische Thron

W.D. Berlin, 24. Aug. (Tel.) Die Berliner Vertretung der „Associated Press“ hat den Fürsten zu Wied gebeten, sich zu den englischen Meldungen zu äußern, wonach er erneut Ansprüche auf den albanischen Thron angemeldet haben sollte. Darauf ist vom fürstlichen Kabinett folgendes Antwortschreiben eingegangen: „Fürst Wilhelm hat 1914 Albanien unter Wahrung aller seiner Rechte verlassen. Er hält für sich und seine Nachkommen alle Ansprüche auf den Thron auch jetzt noch aufrecht, trotz der persönlichen Königswünsche Ahmed Zoghulus. Die Mehrheit des albanischen Volkes hängt auch jetzt noch an ihm. Für seine Rückkehr ist aber eine freie, unbeeinflusste Abstimmung zur Zeit unmöglich. Frei von persönlichem Ehrgeiz, nur das Wohl des albanischen Volkes im Auge, will der Fürst jetzt äußere u. innere politische Schwierigkeiten vermeiden; er wartet den kommenden richtigen Zeitpunkt ab.“

Keine Antwort Polens auf die letzte litauische Antwort

W.D. Warschau, 24. Aug. (Poln. Tel.-Agentur) Die halbamtliche „Epoka“ erfährt, daß Minister Jaleski nicht beabsichtigt, auf die letzte Note des litauischen Ministerpräsidenten Wolodemas zu antworten. In dem Artikel heißt es: Da die klare Tendenz vorliegt, die Verhandlungen mit Polen bis ins Unendliche in die Länge zu ziehen, muß es als mißlos anerkannt werden, mit Wolodemas eine Erörterung voll von Formalismus fortzusetzen. Nirgends scheint auch aus den letzten Depeschen aus Genf sowie aus den europäischen Hauptstädten hervorzugehen, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt sich vollkommen darüber klar ist, daß die Verantwortung für das Scheitern der polnisch-litauischen Verhandlungen ausschließlich auf Litauen fällt.

Protektiongebung französischer Reservisten

W.D. Paris, 24. Aug. (Tel.) Die kommunistische Zeitung „Humanité“ berichtet, daß im Reservistenlager von Blich 500 Reservisten gegen die Verschaffung aktiv dienender Kameraden durch Anstimmern der Internationale protestierten. Als ein aktiver Soldat während der Kundgebung ins Gefängnis geführt wurde, zogen sie vor das Gefängnis und setzten die Freilassung des Soldaten durch. Daraufhin seien bewaffnete aktive Truppen eines Regiments gegen sie aufgebracht worden, die Soldaten seien aber trotz erhaltenen Befehls nicht gegen ihre Reservistenkameraden vorgegangen.

Die Grünlandflieger gestohlet?

Von dem Landboot von Südgrönland ist in Kopenhagen ein Telegramm eingegangen, wonach bei der Siedlung Fiskälneffet ein Flugzeug, das aus Nord-Nordwest kam, niederging. Das Motorboot der Station Godthaab hat daraufhin den Auftrag erhalten, alle erdenklichen Landungsplätze abzuschauen. Fiskälneffet liegt auf 63 Grad 5 Min. nördl. Breite und 50 Grad 41 Min. östl. Länge, Vichtenfels in unmittelbarer Nähe.

W.D. Washington, 24. Aug. (Tel.) Der Küstenfalter „Marion“ hat an der Küste Labrador keine Spur von der „Greater Godford“ festgestellt. Man hat jedoch auf dem Küsten den Fundort aus Grönland über eine angebliche Sichtung des Flugzeuges empfangen.

W.D. New York, 24. Aug. (Tel.) Radioamateure in Chicago und Toledo melden, sie hätten gestern abend in direkter Verbindung gestanden mit dem Flugzeug „Greater Godford“ der Flieger Daffel und Cramer. Der Amateur in Toledo erklärt, er habe 10 Minuten lang mit dem Flieger Nachrichten ausgetauscht auf einer Welle von 42 Meter Länge, obwohl die Wellenlänge des Apparates des verschollenen Flugzeuges 32,8 Meter beträgt. Nach diesen Nachrichten befinden sich die Flieger auf einer kleinen Insel, 100 Meilen nördlich von Neufundland. Sie hätten dringend um jede mögliche Hilfe. Sie seien wohltauf. Auf die Frage nach näheren Einzelheiten seien die Mitteilungen der Flieger unklar geworden. Der Amateur habe nur die Sätze aufzufassen können: „Wir haben seit gestern kein Fleisch gehabt. Wir haben die ganze Nacht versucht, mit irgendeiner Station in Verbindung zu treten. Wir bitten, die Hilfe zu beschleunigen.“

Aussperrung in der gesamten deutschen Bekleidungsindustrie. Aus Berlin wird gemeldet: Nachdem der im Juli d. J. gefällte Schiedsspruch für die deutsche Herrenbekleidungsindustrie vom Reichsarbeitsminister als für die Branche untragbar nicht für verbindlich erklärt worden ist, haben die beteiligten Gewerkschaften, ohne eine Urabstimmung vornehmen zu lassen und ohne nochmals in Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband zu treten, den Streik über eine Anzahl Betriebe verhängt. Infolgedessen wurde am Donnerstag vom Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands die Aussperrung über das ganze Reich mit Wirkung vom 27. August ab beschlossen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Ausdehnung der sozialen Zwangsversicherung — Lokomotivbau und Schiffbau

Der vorige Reichstag hatte der Regierung die Ermächtigung gegeben, nach Anhörung der wirtschaftlichen Organisationen die Gehaltsgrenzen für die Versicherungsspflicht in der Angestelltenversicherung zu erhöhen. Davon hat die Reichsregierung nun Gebrauch gemacht und die Pflicht der Versicherung für Angestellte bis zu einem Jahresgehalt von 8400 RM (bisher bis 6000 RM) ausgesprochen. Vom 1. September ab werden also Angestellte bis zu einem Jahresgehalt von 700 RM versicherungspflichtig sein.

Dieser Beschluß findet verschiedentlich Kritik, die sich sowohl auf sozialethische wie wirtschaftliche Momente stützt und nicht nur von Arbeitgeberseite ausgeht. Auch in Kreisen der gehobenen Angestellten ist man über die Maßnahme sehr geteilter Meinung. Sie sind vielfach in Lebensversicherungen und haben an und für sich schon hohe Beiträge dafür zu leisten. Die neuen Gehaltsabzüge, die die Angestelltenversicherung von ihnen verlangt, erschweren ihnen die Selbstsorge für ihr Alter und auch das Sparen. Es handelt sich immerhin um Monatsbeiträge von 12,50 und 15 RM, die der Angestellte seinerseits aufzubringen hat, und die namentlich die Angestellten treffen, die bereits in anderen Versicherungen sind. Für andere allerdings, die auf ihre Kosten die „freiwillige“ Versicherung fortsetzen, in Wirklichkeit fortsetzen mußten, um nicht aller Anrechte ohne Gegenleistung verlustig zu geben, ist die Mehrbelastung nicht so empfindlich, da ja nun die Hälfte der erhöhten Monatsbeiträge vom Arbeitnehmer zu entrichten ist. Vom sozialethischen Gesichtspunkt wird eingewendet, daß die nun von der Pflichtversicherung Erfassten, mit Gehältern von über 500 RM, gewohnt waren, für sich selbst zu sorgen und die Zahl selbstverantwortlicher Menschen sollte im Interesse der deutschen Volkswirtschaft nicht verringert werden. Der Sinn des zwangsweisen Versicherungsschutzes war bisher, die Personen, die wirtschaftlich nicht dazu imstande waren, für den Fall der Not, der Krankheit und des Alters zu sichern. Von diesem berechtigten und gesunden Prinzip droht man nun abzugehen. Erhebliche Bedenken hätte es jedenfalls erwecken müssen, wäre man, wie dies von Organisationen beantragt worden war, auf ein versicherungspflichtiges Gehalt bis 12000 RM (also ein Monatsgehalt von 1000 RM!) hinaufgegangen, zumal, wenn man die Begründung solcher Anträge vernahm. In dem Organ einer Angestelltengewerkschaft konnte man lesen, daß damit „die Gehaltsgrenze den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt und gleichzeitig auf die künftige Entwicklung bedacht genommen werde, damit nicht bereits innerhalb kurzer Zeit (!) die Gehaltsgrenze wieder überholt ist“. Wenn man es so liest, dann könnte man glauben, wir befänden uns noch mitten in der Inflation.

Auch mit der Erweiterung der Einkommengrenze für die Pflichtversicherung in den Ortskrankenkassen wird man vorsichtig sein müssen. Viele Angestellte fühlen sich in privaten Versicherungen besser aufgehoben, namentlich solange die reichsgesetzlichen Krankenkassen, was in Zeiten wirtschaftlicher Not erklärlich, aber auf die Dauer nicht tragbar ist, von Arbeitsfähigen in unzulässiger Weise ausgenutzt werden, was auch in dem andauernden Steigen der Krankenziffern der reichsgesetzlichen Kassen trotz durchschnittlicher Besserung der Volksgesundheit, vor allem aber in den hohen Ortskrankenkassenbeiträgen, zum Ausdruck kommt. Um sich der Tragweite der Ausdehnung der Krankenkassenversicherungspflicht z. B. bis zu einem Monatsgehalt von 700 RM klarzumachen, genüge der Hinweis, daß bei einem Ortskrankenkassenbeitrag von 7 Proz. des Gehalts (wie in Karlsruhe) der Monatsbeitrag eines solchen Angestellten 49 RM betragen würde (wovon ihm zwei Drittel vom Gehalt abgezogen würden), das sind im Jahr 588 RM! Mitglieder privater Krankenkassenversicherungen können sich überdies als Privatpatienten bei den Ärzten behandeln lassen, und es wird nur ein sehr seltener Fall sein, daß ein Angestellter, auch wenn er in keiner Versicherung wäre, eine solche Summe für ärztliche Behandlung und Krankheit aufzubringen hat. Noch weniger wird bei den freien Berufen, die man gleichfalls einbeziehen will, dafür Begeisterung herrschen. Für die Erweiterung der Gehaltsgrenze in der Pflichtversicherung verfügt allerdings die Reichs-

regierung nicht über eine Ermächtigung, sondern es wäre ein Beschluß des Reichstags erforderlich. Vermehrte Zwangsbeiträge zu Sozialversicherungen können nur da als tragbar und annehmbar bezeichnet werden, wo ein wirklich dringendes Erfordernis vorliegt.

Reichsregierung und Reichsbahn haben, wie gemeldet, das Subventionsgesuch der Lokomotivbauindustrie abgelehnt, sowohl die verlangte Gewährung von Krediten, wie die undankbare Aufgabe, als Schiedsrichter über die Lebensfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der einzelnen Betriebe zu fungieren. Das Gesuch ging von der Arbeitsgemeinschaft der vier größten deutschen Betriebe aus, die wieder mit fünf anderen bedeutenden Firmen liiert sind. Diese Arbeitsgemeinschaft hat nun die Hoffnung aufgegeben, durch direkte finanzielle Zuspundnahme des Reichs eine Besserung der Lage des Dampflokomotivbaues zu erreichen, sei es durch Kreditvergabe, wie auch durch Finanzbeihilfen an die Besitzer der stillgelegten Fabriken. Die notwendige freiwillige Rationalisierung und Konzentration durch Zusammenlegung der Fabriken wird nun der Lokomotivbau selbst in die Hand nehmen müssen, eine freilich sehr schwierige Aufgabe, bei der es sich nicht nur um Arbeitsteilung, sondern auch um Stilllegung einzelner Betriebe handelt. An dem Ausgang dieser Aktion ist auch unser badisches Land sehr interessiert, denn es geht um das Schicksal der einzigen badischen Lokomotivbauanstalt, der 1837 gegründeten Karlsruher Maschinenbaugesellschaft, die 1841 die erste in Deutschland überhaupt gebaute Lokomotive hergestellt hat und in der Vorkriegszeit vor allem den Bedarf der badischen Staatsbahnen deckte. Ein bestimmter Auftragsbedarf wurde ihr (wie auch der württembergischen Fabrik) feinerzeit beim Übergang der Staatsbahnen an das Reich gesichert. Diese sog. Länderquoten werden eine der Hauptschwierigkeiten bilden, da die großen Fabriken den Standpunkt vertreten, sie seien unwirtschaftlich. Das Karlsruher Werk baut übrigens auch Dampfmaschinen, Dampfketten, hydraulische Pressen, Dieselmotoren, Kältemaschinen u. a.

Die Reichsbahn hatte feinerzeit sich mit der Waggonindustrie auf ein Produktionsprogramm geeinigt, aber ihre Erfahrungen mit diesem Vertrag, der eine Reihe von Zusammenlegungen und Stilllegungen vorsah, konnte sie nicht veranlassen, nochmals in ähnlicher Weise in die private Produktion einzugreifen. Vor Abmachungen mit Reichsbahn und Reichsregierung und vor Abschluß fester Lieferverträge wird jedenfalls zunächst eine Klärung innerhalb der Lokomotivindustrie notwendig sein. Erst dann könnte dem an sich berechtigten Ersuchen der Industrie auf eine gleichmäßigere zeitliche Verteilung der öffentlichen Aufträge entsprochen werden. Man denkt jetzt daran, daß die Reichsbahn den Lokomotivfabriken durch ein festes Abnahmeverprechen die Möglichkeit gibt, einen Teil der später zu bestellenden Lokomotiven schon jetzt in Arbeit zu nehmen. Abnahme und Bezahlung dieser auf Vorrat herzustellenden Maschinen sollen allerdings erst später erfolgen.

In ähnlicher Lage wie der Lokomotivbau befindet sich auch der deutsche Schiffbau, der freilich, trotz des Ausfalles der Kriegsschiffbauten bisher beim Wiederaufbau der Handelsflotte einigermaßen Beschäftigung hatte. Während der Kriegszeit hatte der deutsche Schiffbau seine Kapazität von 600 000 Tonnen auf 1 Million Tonnen gesteigert. Sie ist heute bei weitem nicht ausgenutzt. Während 1913 auf den deutschen Werften Schiffe mit einer Gesamttonnage von 465 000 Tonnen vom Stapel liefen, betrug diese Zahl für 1927 289 000 Tonnen, also etwa zwei Drittel von 1913. Zudem ist der Wiederaufbau der Handelsflotte, gerade nach den jüngsten Großschiffbauten, aus der größten Forderung heraus, wenn auch die deutsche Handelsflotte mit 3,8 Millionen Tonnen erst 70 Proz. der Vorkriegsstonnage erreicht hat. Die Lage ist freilich nicht so schlimm wie beim Lokomotivbau, der 1927 nur den fünften Teil des Vorkriegsabsatzes hatte. Aber auch die deutschen Werften können im Ausland nur sehr schwer konkurrieren, da verschiedene Länder im Schiffbau eine derart protektionistische Politik treiben, daß die Auslandspreise der Schiffe unter den Herstellungskosten der deutschen Werften liegen. Auch die Werften, die sich in Deutschland vielfach aus Prestige Gründen kommunaler und staatlicher Unterstützung und Beteiligung erfreuten, werden an Zusammenlegungen und Stilllegungen denken müssen, wie ja auch kürzlich die Anlagen des Stettiner Vulkan auf Abbruch verkauft worden sind.

Die St.-Ingberter Sparkassenkatastrophe

In St. Ingbert fand eine Sitzung der städtischen Finanzkommission statt, die sich natürlich auch mit der Sparkassenangelegenheit zu beschäftigen hatte. Jeder Tag bringt neue Verfehlungen des bisherigen Sparkassenleiters Pircher an das Tageslicht. In der Sitzung wurde von einem Stadtratmitglied die Behauptung aufgestellt, daß zwei Millionen Reichsmark noch zu retten gewesen wären, wenn der Bürgermeister Dr. Kempf als Vorsitzender des Aufsichtsrats eingegriffen hätte, als ihm vor Monaten ein Beamter die ersten Nachrichten über die unerlaubten Geschäfte zutrug. Der Stadtrat wird verlangen, daß der Bürgermeister ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt, da er diese Behauptung nicht entkräften konnte.

Der Bürgermeister hat inzwischen eine amtliche Mitteilung herausgegeben. Danach betragen die ohne genügende Sicherheit gewährten Kredite 6,8 Millionen Reichsmark. Ein erheblicher Teil dieser Summe, dessen Höhe jedoch noch nicht angegeben wird, gilt als verloren.

Tagung der Interparlamentarischen Union

Empfang der Reichsregierung

Die Reichsregierung hatte am Donnerstagabend die Teilnehmer an der 25. Interparlamentarischen Konferenz in Berlin zu einem festlichen Empfang in den Festräumen des Zoologischen Gartens geladen. Fast alle Mitglieder der Konferenz hatten der Einladung Folge geleistet. Für die Reichsregierung war Reichsminister Hermann Müller sowie einige Reichsminister erschienen. Ferner bemerkte man als Vertreter des Reichspräsidenten Staatssekretär Meißner, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den Berliner Oberbürgermeister Dr. Böh. An der Ehrentafel saßen auch die diplomatischen Vertreter aller an der Interparlamentarischen Union beteiligten Länder.

Staatssekretär v. Schubert hielt eine Ansprache, in der er zunächst das Bedauern Dr. Stresemanns zum Ausdruck brachte, an der Veranstaltung nicht selbst teilnehmen zu können. Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes bezeichnete Staatssekretär v. Schubert als eine neue Grundlage für die dauernde Sicherung des Weltfriedens. Schon der Reichsminister habe darauf hingewiesen, fuhr Staatssekretär v. Schubert fort, daß die Interparlamentarische Union sich zu einer Art Weltparlament entwickelt habe, das ein erwünschtes und notwendiges Gegenstück zum Völkerbund bilde. Die Interparlamentarische Union ist vor allen anderen Organisationen dazu berufen und dazu geeignet, den Gedanken der politischen Zusammenarbeit aller Parlamente der Welt zu verwirklichen. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die 25. Tagung der Interparlamentarischen Union in jeder Beziehung angenehme Eindrücke bringen möge und daß sie in der Geschichte der Union als eine wahre Jubiläumstagung unvergessen bleibe.

Dann brachte der stellvertret. Vorsitzende des Interparlamentarischen Rates, Braker (Tschechoslowakei), in französischer Sprache den Dank der Interparlamentarischen Union für die festliche Aufnahme zum Ausdruck, die die Vertreter der Parlamente in Deutschland gefunden hätten. Er hat den Redner, dem Reichspräsidenten und namentlich Dr. Stresemann für die baldige volle Wiederherstellung seiner Gesundheit die besten Glückwünsche zu übermitteln. Der Redner bezeichnete die Arbeit des Völkerbundes, die Aufgaben des Kellogg-Paktes und die Internationale Schiedsgerichtsbarkeit als noch nicht ausreichende Mittel zur Verhütung einer ruhigen Entwicklung der internationalen Politik. Er schloß mit den Worten: „Wir wollen in diesem Kampfe um den Weltfrieden die ersten sein, und dieses Ehrenfeld als die letzten, und Gott gebe, nur als Sieger verlassen.“ Dazwischen trug der Redner ein Hoch auf das deutsche Volk und das Deutsche Reich, in das die 400köpfige Festversammlung begeistert einstimmte.

Der Abg. Montague nahm dann als Vertreter der Gruppe der Vereinigten Staaten das Wort, um in einer kurzen Ansprache die engen Verbindungen zu unterstreichen, die zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland beständen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei ein außerordentlich starker Einfluß der deutschen Kultur, der deutschen Geisteswissenschaften, der deutschen Musik und der deutschen Kunst zu bemerken.

Die Teilnehmer der Festlichkeit blieben noch lange Zeit in regem Gedankenaustausch beisammen.

Die Vollversammlung am Donnerstag

Nach der Rede des Reichsministers eröffnete Präsident Dr. Schilling am Donnerstag die polit. Aussprache. Zuerst nahm der holländische Delegierte Dr. Treub als Vorsitzender der Kommission für Wirtschaft- und Finanzfragen das Wort. Leider mußte festgestellt werden, daß trotz aller Bemühungen um die wirtschaftliche Abrüstung die Zollfrage in die Höhe gegangen wäre. Ein Lichtblick sei vor allem der deutsch-französische Handelsvertrag, der, wenn er auch noch nicht genüge, sich doch von dem neuen Geiste der Weltwirtschaftskonferenz inspirieren ließ.

Der ehemalige dänische Wehrminister und Vorsitzende der Interparlamentarischen Abrüstungskonferenz, Dr. Munch, bedauerte zunächst, daß die letzte Abrüstungskonferenz in Genf keine erheblichen Fortschritte gebracht habe. Zwar wollten alle Völker den Frieden, aber jedes Volk betone immer wieder, es rüfte nur, um sich vor seinem Nachbar zu schützen. Angesichts dieses absurden Zustandes sollte man alle Mittel anwenden, um diese Begründung unmöglich zu machen. Dazu müßten in steigendem Maße Schiedsgerichts- und Nichtangriffspakte abgeschlossen werden. Der Redner empfahl die Schaffung einer Organisation beim Völkerbund, die eine Gesamttat in dieser Richtung ermöglichen sollte. Für Europa sei die Abrüstungsfrage eine Frage auf Leben und Tod; denn ein Krieg zwischen den europäischen Nationen werde fürchterliche und gar nicht auszubehende Verwüstungen auf dem Festlande anrichten. (Beifall.)

Im Anschluß ergrieff der frühere Reichsminister Dr. David das Wort. Der Grund für die Mißtrauen sei das Mißtrauen. Dieser circulus vitiosus wäre aber nur zu sprengen, wenn man aufhöre, die Sicherungen zu verlangen. Die Sicherungen kämen mit der Abrüstung ganz von selbst. (Beifall.) Deutschland habe abgerüstet. Ihm sei die Abrüstung aber nur auferlegt zu dem Zweck einer nachfolgenden allgemeinen Abrüstung, auch der Siegerstaaten. Deutschland habe ein Recht, die Erfüllung dieser Bestimmung zu verlangen. (Lebhaft, allgemeine Zustimmung.) Wenn sie nicht erfüllt würde, würde dem Verfaller Vertrag der Boden entzogen. (Erneute Zustimmung.) Mit der gleichen Logik wie die Franzosen könnten auch die Deutschen ihre Aufrüstung propagieren.

In der Nachmittagsitzung führte der Präsident der ungarischen Gruppe, der frühere Minister Dr. v. Berzeviczy zur Abrüstungsfrage unter anderem aus, daß das eigentliche Hindernis der Abrüstung nicht der Mangel an Sicherheit, sondern der Mangel des Willens zur Abrüstung seitens derjenigen Staaten sei, die, statt ihre Rüstungen herabzusetzen, sie weiter vermehren. Nichts gefährde die Sicherheit des Friedens aber mehr, als der jetzige Zustand, in dem einige vollkommen entwaffnete Staaten anderen bis an die Zähne bewaffneten gegenüberstünden.

Der Führer der amerikanischen Gruppe, La Guardia, forderte, daß nicht militärische Sachverständige, sondern wirkliche Friedensführer in der Abrüstungskonferenz einen Sitz einnehmen sollten.

Der frühere holländische Minister Dr. Steensfert beurteilte die Lage in der Entwaffnungsfrage ebenfalls außerordentlich pessimistisch und führte die Ursache der Kriegsgefahr auf die unbefriedigende Ordnung der europäischen Verhältnisse durch die Friedensverträge von 1919 zurück.

Der polnische Delegierte, Dembinski, betonte, daß es keinen Unterschied in der Sicherheitsfrage im Westen wie im Osten gebe.

Der französische Delegierte, Merlin, betonte, die Gefahr für den Frieden könne nur beseitigt werden durch die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa.

Zum Schluß sprach noch der deutsche Abgeordnete in der Tschechoslowakei, Dr. Redinger, der insbesondere darauf hin-

wies, daß das Verhältnis zwischen den Abrüstungen der Staaten und dem Aufbau eines komplizierten Sicherheitsystems durch Locarnoverträge und Kellogg-Pakt immer größer werde. Man sehe auf der einen Seite Deutschland und Österreich, auf der anderen Seite ein System von Bündnis- und Militärkonventionen, abgesehen von der demütigenden Besetzung fremden Landes zehn Jahre nach dem Kriege. Die weitere Debatte wurde darauf auf Freitag vertagt.

W.B. Berlin, 24. Aug. (Tel.) In der fortgesetzten Aussprache über den Bericht des Generalsekretärs betonte das Mitglied der englischen Gruppe Sallabala, daß er als einziger Vertreter des Kommunismus spreche. Die unsicheren Grenzen in allen Teilen Europas seien vor allem die Quellen der Unzufriedenheit und der Unruhe. Erst die vollkommene Abrüstung könne hier einen Wandel schaffen. Solange noch fremde Besatzungstruppen, so schloß der Redner, sich auf dem Hoheitsgebiet anderer Staaten befinden, würde jeder Friedenspakt illusorisch sein.

Wissa Wassel Bey, der Präsident der ägyptischen Kammer und Präsident der ägyptischen Gruppe, führte u. a. aus, daß es seine Pflicht sei, eine Aufklärung über die Art der ägyptischen Krise zu geben. Auf keinen Fall habe England bezüglich des Schutzes der Ausländer in Ägypten ein Sonderrecht auf Grund des Regiments der sog. Kapitulationen. Hierin seien alle Länder Ägypten gegenüber gleichberechtigt. Noch weniger berechtigt sei aber der englische Anspruch, eine englische Besatzungsarmee in Ägypten zu halten.

Der Vizepräsident der ungarischen Gruppe, der ehemalige Minister Georg Gulacs beschäftigte sich im wesentlichen mit dem Distanzierungsproblem zwischen Ungarn und Rumänien.

Darauf ergrieff der Deutschamerikaner Barthold das Wort, der den von ihm im vorigen Jahre dem Exekutivrat unterbreiteten Entwurf eines Muster-Schiedsgerichtsvertrages begründete. Der neue Kellogg-Pakt hänge in der Luft, weil es keine Stelle gebe, die seine Durchführung erzwingt. Die Vereinigten Staaten gehörten dem Völkerbund nicht an; deshalb müsse der Rechtsausschuß der Union den allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag vorbereiten.

Die Frage der Rheinlandbesetzung

Ministerrat in Paris

W.B. Paris, 24. Aug. (Tel.) Zwei Blätter besprechen die Beschlüsse des gestrigen Ministerrates, besonders auch hinsichtlich der anlässlich der Unterzeichnung des Antirictpaktes zu führenden Verhandlungen zwischen den in Paris anwesenden Staatsmännern. Stresemann soll am Sonntag eine Unterredung mit Briand und am Montagvormittag eine Unterredung mit Poincaré haben. Die Besetzung des Rheinlandes bildet ein Unterpfand, das nicht ohne eine kompensatorische Garantie hinsichtlich des Danesplanes hergegeben werden kann. Überdies ist die französische Regierung stets der Ansicht gewesen, daß das Besetzungsproblem nicht ein ausschließlich französisches, sondern ein interalliiertes ist. Das Exposé Briands machte auch Anspielungen auf die anderen europäischen Probleme, die hierbei in Betracht gezogen werden könnten, namentlich den Anschluß. „Echo de Paris“ meint, der Ministerpräsident werde, um den Reichsaussenminister zu informieren, angeben, daß die Räumung der Rheinlande auf alle Fälle nicht außerhalb einer Gesamtregelung der Reparationen und der Kriegsschulden zur Diskussion gestellt werden könne. Alle Minister hätten sich im gestrigen Ministerrat der These Poincarés angeschlossen einschließlich Briand, der erklärt habe, daß er niemals aufgehört habe, einer derartigen Auffassung auszusprechen.

Am Donnerstag fand in Paris unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat statt, an dem sämtliche Kabinettsmitglieder teilnahmen. Die Besprechung hatte deshalb eine besondere Bedeutung, als sie die letzte Vollsitzung der Regierung vor dem Ministerrat in Paris und der Genfer Tagung war. Ein Vortrag Briands über die auswärtige Lage bildete den Hauptinhalt der Sitzung. Die amtliche Verlautbarung, wie sie immer nach Ministerräten ausgegeben wird, sagt jedoch nichts darüber. Welche außenpolitische Stellungnahme Frankreich gegenüber den großen Problemen der Zukunft, vor allem der deutschen Forderung auf Räumung des Rheinlandes festgelegt hat, wird also erst aus den kommenden Ereignissen hervorgehen. Die französische Regierung scheint die Absicht zu haben, die Räumungsfrage immer noch in Verbindung mit einer deutschen Gegenleistung auf finanziellem oder wirtschaftlichem Gebiet zu sehen. Ob der Gedanke des französischen Außenministers, Deutschland sozusagen als Abschlagszahlung die sofortige Räumung der zweiten Zone anzubieten, sich durchgesetzt hat, nachdem er früher innerhalb der Regierung selbst und auch bei anderen französischen Stellen auf Schwierigkeiten gestoßen ist, ist nicht bekannt.

Die Erweiterung der englischen Besatzungszone Die Agentur Havas berichtet aus Mainz: Hinsichtlich der Nachricht von der Erweiterung der englischen Besatzungszone erklärt man an autorisierter Stelle, daß es sich einzig und allein um eine neue lokale Verlegung und um die Zonenaufteilung aus rein verwaltungsrechtlichen Gründen handle. Infolge der Tatsache, daß der Grenzplatz von Erbesheim bei Wiesbaden in die Zonen der französischen und der englischen Militärbehörde aufgeteilt war, hatten die deutschen Behörden bald mit der einen und bald mit der anderen zu tun. Lediglich um das Verfahren zu vereinfachen, hat die französische Militärbehörde ihren Teil der Verwaltungszone an dem genannten Grenzplatz nunmehr an die englische Militärbehörde übertragen.

Die Radiostation des Völkerbundes

Der Generalsekretär des Völkerbundes wird demnächst den Mitgliedern des Völkerbundes eine schweizerische Note zur Kenntnis bringen, in der mit Rücksicht auf die der Errichtung einer eigenen Völkerbundsradiostation entgegenstehenden Bedenken das Anerbieten der Errichtung einer Radiostation durch die Radio-Schweiz A.G. in der Nähe von Genf gemacht wird. Dem Völkerbund sollen für die Benutzung der Station alle denkbaren Erleichterungen gewährt werden. In Krisenzeiten würde die Station auf den Völkerbund übergehen, der sie unbeschränkt und unter eigener Verantwortung benutzen könnte. Die finanzielle Frage, die sich aus dem Betrieb ergebe, würde durch ein besonderes Finanzabkommen zwischen der Schweiz und dem Völkerbund geregelt werden. Die Schweiz wünscht aber in Krisenzeiten einen Beobachter nach Genf zu entsenden, um sich über die Tätigkeit der Station zu unterrichten.

Deutscher Studentenverband und Internationaler Studentenverband. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Exekutiv-ausschuß des Internationalen Studentenverbandes mit 12 gegen 10 Stimmen eine von dem französischen Vertreter vorgeschlagene Resolution angenommen, der zufolge auch der Deutsche Studentenverband in eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Internationalen Verband treten soll, wie sie bereits mit der Deutschen Studentenschaft besteht.

Stresemann fährt nicht nach Genf

Das über den Gesundheitszustand des Reichsaussenministers nach eingehender Untersuchung Donnerstag nachmittag abgehaltene Arztkonkultium ist zu dem Ergebnis gekommen, daß das Befinden Dr. Stresemanns Rückfälle nicht ausschließt, und sich daher die Reise nach Genf verbietet. Die Reise nach Paris können die Ärzte nur unter der Bedingung billigen, daß sich Dr. Stresemann in Paris äußerster Schonung unterzieht. Dr. Stresemann wird also zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes nach Paris fahren, nicht aber zur Völkervereinigung nach Genf.

Das „S. T.“ meldet, daß Prof. Hermann Sander, der Dr. Stresemann während seiner Erkrankung behandelte, den Reichsaussenminister auf dessen besonderen Wunsch nach Paris begleiten werde. Dr. Stresemann werde in Paris nur an dem Diner teilnehmen, das Briand zu Ehren der fremden Staatsmänner gibt. Im übrigen werde er sich auf die Teilnahme am Unterzeichnungsakt und auf Unterredungen Kelloggs, Poincarés und Briands beschränken und nach der Unterzeichnung nach Berlin zurückkehren. Die Ärzte haben Dr. Stresemann geraten, nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes wieder einen längeren Erholungsurlaub zu nehmen, um seinen Gesundheitszustand zu kräftigen. Wie die „Post. Ztg.“ berichtet, würden es die Ärzte am liebsten sehen, wenn Dr. Stresemann für einige Monate nach Ägypten gehen würde.

Die Frage, wer nun die Führung der deutschen Delegation für Genf übernehmen soll, wird in den Berliner Blättern eingehend erörtert. Dr. Stresemann soll den Wunsch geäußert haben, daß Reichsminister Hermann Müller die Führung der deutschen Delegation übernehmen solle. Die Frage wird in der heutigen Kabinettsitzung erledigt werden.

In Genf hat die Nachricht, daß Dr. Stresemann nicht kommen kann, allgemeinen Bedauern hervorgerufen. Wie bekannt, ist auch Chamberlain gesundheitshalber an der Teilnahme an den Genfer Beratungen verhindert. Dagegen wird in unterrichteten Kreisen mit Bestimmtheit versichert, daß der französische Außenminister Briand auf jeden Fall nach Genf kommen wird.

Keine Auflösung des Landtags von Thüringen

Die mit größter Spannung erwartete Sitzung des Thüringer Landtags am Donnerstag nahm bei starker Anteilnahme der Öffentlichkeit einen ruhigen Verlauf. Nach Mitteilung des Präsidenten über den am Mittwoch erfolgten Rücktritt der Regierung und der Abg. J. Dr. Schulz, begründeten mehrere Redner der Linken Anträge auf Auflösung des Landtags. Es waren alle Parteien vertreten, doch fehlten einige Abgeordnete. Der Antrag auf Auflösung des Landtags wurde mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Die gesetzlich erforderliche Mehrheit war nicht erreicht worden. Bis zur Bildung der neuen Regierung bleibt die bisherige als geschäftsführend bestehend. Der Altestenrat setzte die nächste Sitzung, auf deren Tagesordnung Regierungsneubildung steht, auf den 11. September fest.

W. Weimar, 24. Aug. (Tel.) Landtagspräsident Leber erteilte heute dem demokratischen Abgeordneten Professor Dr. Krüger den Auftrag zur Regierungsneubildung. Prof. Dr. Krüger, ehemaliger Professor an der Techn. Hochschule in Hannover und jetziger Bibliotheksdirektor in Altenburg, wird die Verhandlungen mit dem Ziel der Bildung einer großen Koalition aufnehmen.

Vom Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertag

In einer vom 28. Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertag in Köln veranstalteten öffentlichen Vertreterversammlung im Kongressaal der Kölner Messe begrüßte Präsident Klatte die in großer Zahl erschienenen Ehrengäste.

Generalsekretär Dr. Meusch vom Deutschen Handwerks- und Gewerbetammertag in Hannover hielt sodann ein Referat über „Das Handwerk zur wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Gestaltung Deutschlands“. Der Redner betonte dabei die Notwendigkeit einer einheitlichen, kraftvollen Wirtschaftspolitik. Er warnte vor einer zu weitgehenden Überforderung der kollektivistischen Wirtschaftskräfte. Zur Erreichung einer geschlossenen Ordnung des mittelständischen Kreditwesens bleibe als Ziel ein gemeinschaftlicher Giroverkehr zwischen Sparkassen und Genossenschaften bestehen. Syndikus Dr. Bollinger (Bremen) sprach die Hoffnung aus, baldige Verabschiedung eines Reichsberufsschulgesetzes aus. Schließlich sprach noch Professor Dr. Niebesell (Hamburg) über die „Sozialen Fürsorgeeinrichtungen für das selbständige Handwerk“. Eine allgemeine Staatsfürsorge lehne das Handwerk als unvereinbar mit der Wahrung seiner Selbstständigkeit ab. Eine sichere Fürsorge für das Alter sei nur durch eine nach versicherungstechnischen Grundlagen arbeitende Versicherungsanstalt zu erreichen.

Auf der Vollerversammlung hielt der preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Schreiber, eine Rede, in der er u. a. ausführte: Ich schätze die berufständische Selbstverwaltung besonders hoch, die sich als ein festes Band um alle Angehörigen des Berufsstandes, Meister, Gesellen und Lehrlinge, schlingen soll. Es kann nicht Aufgabe der Staatsverwaltung sein, über das durch das berufständische Selbstmanagement gebotene Maß hinaus die berufständische Selbstverwaltung durch Ausübung staatlicher Aufsichtsbesugnisse zu beschränken. Ich habe deshalb gesetzgeberische Pläne der Reichsregierung, die auf eine Erweiterung der handwerklichen Selbstverwaltung und auf eine Neuordnung des Wahlrechts zu den Handwerkskammern hinführen, freudig begrüßt und nach Kräften gefördert, und ich hoffe, daß es jetzt endlich gelingen wird, das längst geplante Gesetz unter Dach und Fach zu bringen. Das alte deutsche Handwerk ist noch immer jung und kräftig genug, um durch Selbsthilfe und Selbstverwaltung über alle Schwierigkeiten der Gegenwart hinweg seinen Weg zu gehen. Mich befreit in dieser Zuversicht das starke Bildungsstreben, der starke Drang nach aufwärts, der besonders die Jugend des Handwerks erfüllt. In der gleichen Richtung liegen die Bestrebungen auf Errichtung eines Instituts für Handwerkswirtschaft, die ich mit besonderer Freude begrüße.

Die französischen Militärprozesse in der Pfalz. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Juli 1928 waren vor dem französischen Militärpolizeigericht und Kriegsgericht in Landau insgesamt 87 Deutsche, darunter 82 Männer und fünf Frauen zur Verantwortung gezogen. Es wurden Strafen von insgesamt 15 Jahren Zuchthaus, 15 Jahren Aufenthaltserwerb, 6 Jahren und 9 Monaten Gefängnis, 2468 M und 566 Franks. Geldstrafe ausgesprochen.

Der finnländische Militärattache in Moskau. Aus Helsinki wird gemeldet, daß die Sowjetregierung die Abberufung des finnländischen Militärattaches in Moskau, Oberst Weimelens, Kinn, fordert. Dieser wurde im Juni von der Polizei in Leningrad festgenommen, als er Flugzeugübungen photographierte, aber bald darauf wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die bayerische Botschaft

Nach einem Schreiben des ersten Staatsanwalts beim Landgericht München I ist das auf Grund einer Anzeige des Kaufmanns Werner Abel gegen den Polizeiobersten v. Seiber, den Oberregierungsrat bei der Polizeidirektion München, Bernreuther, und den Kriminalkommissar Benzler wegen angeblichen Rahbergens eingeleitete Verfahren eingestellt, da die Anzeige politische Vorgänge des Jahres 1923 zum Gegenstand habe, auf die das Gesetz über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 Anwendung findet. Der frühere Witzingmann Abel hatte die Beamten beschuldigt, nach Bayern geflüchteten Rechtspfleger falsche Pässe ausgestellt zu haben.

Die „Frankfurter Zeitung“ hatte eine Behauptung Abels wiedergegeben, der Münchener Oberleutnant Braun habe ihm gestanden, er sei der Mörder des Abgeordneten Careis. Wie aus München gemeldet wird, wurde ein Ermittlungsverfahren gegen Braun eingeleitet und der zuständige Ermittlungsrichter ersucht, den Anzeiger Abel als Zeugen zur Sache zu vernehmen. Die Ladung des Abel zum Ermittlungsrichter kam als unbestellbar zurück. Nunmehr werden Erhebungen über den derzeitigen Aufenthalt des Abel gepflogen. Es ist selbstverständlich, daß die nach der Sachlage gebotenen Ermittlungen zur Aufklärung des Mordes an dem Abg. Careis veranlaßt werden.

Hugo Stinnes jr. schwer belastet?

In der Kriegsanleiheziehungssache sind noch zwei Düsseldorf Bankiers verhaftet und nach Berlin in das Moabitler Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Durch die Aussagen der jetzt verhafteten Personen soll Hugo Stinnes jr., wie nach dem „S. T.“ behauptet wird, sehr schwer belastet sein. Es soll angeblich so gut wie sicher sein, daß er an den Schiebungen, die darin bestanden, Kriegsanleihebesitz als Mitbesitzer zu deklarieren und bei den zuständigen Behörden anzumelden, beteiligt war, daß er die Waldow'schen Geschäfte finanziert und seinen Geschäftsführer mit der Durchführung der betrügerischen Transaktionen beauftragt habe.

Hugo Stinnes war vor mehreren Wochen kurz nach der Verhaftung seines Sekretärs von Waldow ins Ausland gereist. Wie es heißt, soll er heute oder morgen nach Hamburg zurückkehren. Eine eingehende Vernehmung des Hugo Stinnes soll stattfinden, sobald er in Hamburg eingetroffen ist.

Warnung vor Auswanderung nach Australien

Da unüberlegte Auswanderung sehr oft die größte Not bei den deutschen Auswanderern herbeiführt, sind das Reichswanderungsamt und die von ihm anerkannten gemeinnützigen Beratungsstellen für Auswanderer bemüht, über die Anstellungsverhältnisse in allen Ländern der Welt möglichst genaue Kenntnisse in der deutschen Öffentlichkeit zu verbreiten. So bringt z. B. die Auslandsabteilung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Hamburg 86, als eine dieser anerkannten Auskunftsstellen in ihrem Auswandererblatt, „Der Handelsstand im Auslande“ den Bericht eines Mitarbeiters in Australien, der ganz entschieden vor einer Auswanderung Deutscher nach Australien warnt. „Selbst wer eine feste Anstellung hat“, so heißt es dort, „ist nicht geschützt vor Arbeitslosigkeit. Der Deutschen ist wohl in seinem Lande so ausgeprägt wie hier in Westaustralien. In den anderen Provinzen, z. B. Südastralien, soll es dem Vernehmen nach nicht so schlimm sein. Während meines Aufenthalts in Perth, der Hauptstadt von Westaustralien, bekam ich in jedem Büro und Geschäft daselbst zu hören, nämlich: „Für Deutsche haben wir keine Beschäftigung.“ Selbst verdiente deutsche Kaufleute, die ich besuchte, bedauerten, mich nicht einstellen zu können, da sie dadurch Gefahr liefen, das gesamte Personal in den Streit treiben könnte. Die einzige Arbeit, für die in Australien Deutsche angenommen werden, ist die landwirtschaftliche, der ich mich nun zugewendet habe, um wenigstens von der Straße zu kommen.“

Kurze Nachrichten

Der Urlaub des Reichspräsidenten. Aus Dietramszell wird gemeldet, daß sich Reichspräsident v. Hindenburg am Donnerstag zur Jagd nach Fall an der Ffar begeben hat. Hindenburg befindet sich seit gestern wieder auf der Gensjagd in Fall. Der Reichspräsident, der von seinem Sohn begleitet ist, hat, wie in den letzten Jahren, bei Oberforstmeister Spengler Wohnung genommen. Die Jagd ist von herrlichem Wetter begünstigt. Der Reichspräsident hat bisher zwei gute Gemshäde erlegt.

Der Verwaltungsrat des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg hat einstimmig den österreichischen Bundeskanzler Seipel zum Mitglied gewählt. Auf die ihm darüber gemachte Mitteilung hat der Bundeskanzler in einem Schreiben seine Freude darüber zum Ausdruck gebracht, ein neues Wirkungsgebiet gefunden zu haben, auf dem er mit gleichgesinnten Volksgenossen bereit an den erhabenen nationalen Aufgaben mitzuarbeiten vermöge.

Das polnische Minderheitsschulwesen in Deutschland. Die preussische Regierung behandelt zur Zeit den Entwurf einer Regelung für das polnische Minderheitsschulwesen, wobei auch den Vertretern der polnischen Minderheit Gelegenheit gegeben werden soll, sich zu den Vorschlägen zu äußern. Das Kultusministerium ist nunmehr auch mit dem Polnischen Schulverein in Verbindung getreten, um die mit ihm in Aussicht genommene Anhörung herbeizuführen.

Zeitschriftenschau

Die Überwindung des Minderwertigkeitsgefühls durch Selbsterziehung, erläutert an einem praktischen Beispiel, Dr. Kinkel, Berlin, im Septemberheft der „Neuen Frauenzeitung“ und „Frauenkultur“. Wer weiß, welche einschneidende Rolle der obige Charakterzug im Leben der meisten Menschen spielt, den wird es interessieren, wie dieser, auf die eigentliche Wurzel zurückgeführt, überwunden werden kann. Auch in seinem weiteren Inhalt gibt das neue Heft wertvolle psychologische Richtlinien und neue Orientierung in wichtigen Zeitfragen. So spricht Hilde Suhr über den Wert der Klustonen. Werner Suhr zergliedert den Weg des Danes. Elisabeth Krulenberg äußert sich über das schwierig zu lösende Problem „Mutter und Tochter“. Von besonderer praktischer Bedeutung sind die Beiträge des bekannten Bodenreformers Adolf Damm über die Wohnfrage und von Dr. Dänzer-Banotti über „Wie bekomme ich Geld zum Bauen“. Die Bedeutung der Hausfrau als wirtschaftlicher Machtfaktor und seine damit verbundene Einstellung und Ausnutzung erläutert Dr. Bornemann, indem er auf die bewußte Verantwortung und den Einfluß der Frau auf diesem Gebiet hinweist. Im Modell festhalten vor allem die eigenartigen Lösungen des Brautgewandes — auch die modischen Kleinigkeiten an Kleide und neue Formen der Herstellungsweise werden der Frau mit kultiviertem Geschmack wichtige Weisungen für die Wahrung der „eigenen Note“ geben. Dem Heft liegt außerdem ein Sanbarbeitsbogen bei. Es kostet einzeln 1,20 M, im Abonnement 1 M. Bezug durch jede Buchhandlung, die Post oder den Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B. Probennummer kostenlos.

Badischer Teil

Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze in der Angestelltenversicherung

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. Aug. 1928 ist, wie schon mitgeteilt, die Versicherungspflichtgrenze mit Wirkung vom 1. September 1928 von jährlich 6000 M auf jährlich 8400 M erhöht worden.

Es gilt vom 1. Sept. 1928 an die bisherige Gehaltsklasse F (Beitrag 20 M) bei einem monatlichen Arbeitsverdienst von mehr als 400 M bis zu 500 M, die Gehaltsklasse G (Beitrag 25 M) bei einem Arbeitsverdienst von mehr als 500 M bis zu 600 M, die Gehaltsklasse H (Beitrag 30 M) bei einem Arbeitsverdienst von mehr als 600 M. Jeder Pflichtversicherte kann jederzeit in einer höheren als der seinem Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse Beiträge zahlen. Pflicht- und freiwillig Versicherte können sich auch in den Beitragsklassen J mit einem Monatsbeitrage von 40 M und K mit einem Monatsbeitrage von 50 M freiwillig höher versichern.

Alle Anwartschaften in der Angestelltenversicherung gelten bis zum 31. Dezember 1928 als aufrechterhalten. Die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft etwa noch erforderlichen Beiträge für 1928 können bis zum Schlusse des Jahres 1928, die für 1927 bis zum Schlusse des Jahres 1929 nachentrichtet werden.

Aus der badischen Industrie

Leichte Besserung in der Arbeitslage der Textilindustrie des Albias. Bei der badischen Baumwollspinnerei und -weberei Neudorf und Frauenalb hat sich infolge einer Besserung der Lage eingestellt, als der Teil der Arbeiterschaft, der bisher nur 40 Stunden in der Woche arbeitete, jetzt 48 Stunden beschäftigt werden kann. Falls die Nachfrage anhält und alsdann volle Beschäftigung eintreten kann, ist zu hoffen, daß über kurz oder lang auch die i. Z. entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden können und alsdann — wenn auch möglicherweise nur vorübergehend — die gesamte Belegschaft wieder voll arbeitet.

Arbeiterentlassungen bei der Fuhs-Waggon-Fabrik. Wie mitgeteilt wird, sieht sich die Direktion der Fuhs'schen Waggonfabrik in Heidelberg aus Mangel an größeren Aufträgen genötigt, bis kommenden Samstag etwa 300 Arbeiter zu entlassen. Sollte der seit Anfang des Jahres 1928 sehr schleppende Geschäftsgang noch fernerhin anhalten, seien weitere Arbeiterentlassungen unvermeidlich. Die Verwalter, die durch Streckung der Reichsbahnaufträge zu dieser Maßnahme gezwungen ist, wird sich bemühen, den Betrieb trotz des geringen Auftragseinganges aufrechtzuerhalten, wenn auch mit wesentlich vermindertem Belegschaft. Es wird allerdings erwartet, daß durch spätere Aufträge von seiten der Reichsbahn diese Krise behoben wird.

Die Lage der badischen Steinindustrie. Auf einer Versammlung der badischen Steinbruchbesitzer, die vor kurzem in Offenburg stattfand, kam die sehr ungünstige wirtschaftliche Lage, in der sich die badische Steinindustrie zur Zeit befindet, zur Sprache. Der gesamte Industriezweig arbeitet heute eingeschränkt. Im Durchschnitt haben die Schotterwerke 20 Proz. der normalen Belegschaft entlassen, die Pflastersteinbetriebe haben drei Monate stillgelegen und beschäftigen jetzt knapp 35 Proz. ihrer Belegschaft. Die Werksteinbetriebe hätten mindestens unter der gleichen Einschränkung zu leiden, wenn nicht die größte Firma mit einem Auslandsauftrag beschäftigt wäre. Die Versammlung forderte, daß vor den vollbeschäftigten Staatsbetrieben zunächst die Privatwirtschaft ausreichende Beschäftigung finde. Die Versammlung beschloß in dieser Richtung zunächst bei der badischen Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe vorstellig zu werden.

Aus den Parteien

Die Sozialdemokratische Partei Karlsruhe nahm in einer stark besuchten Versammlung Stellung zur Panzerkreuzfrage. Nach einem eingehenden Referat des Reichstagsabgeordneten Schöpflin und sich anschließender Diskussion wurden drei Resolutionen angenommen, die u. a. belegen, daß sich die Versammlung auf den Boden der von der Reichstagsfraktion und vom Parteiauschuß beschlossenen Resolution vom 13. August d. J. stellt. Es soll eine Summe in der Höhe der ersten Rate für den Bau des Panzerkreuzers zu Zwecken der Rinderspeisung bereitgestellt werden, ferner Mittel, um die Säge der Rinderspeisung auf der Höhe der Säge bei der Arbeitslosenversicherung zu halten. — Die folgenden Raten für den Bau des Panzerkreuzers seien abzulehnen und der Reichsbudget in kommenden Budget auf den Stand von 1924 herabzusetzen.

Der volksparteiliche Landtagsabgeordnete und Erste Staatsanwalt in Freiburg, Erich Obkircher, legte am Donnerstag seinen fünfzigsten Geburtstag. Obkircher stammt aus einer alten nationalliberalen Familie; er wurde im Oktober 1925 in den Badischen Landtag gewählt.

Ausbau der Autostraße Triberg—Elz. Auf der für die Verbindung Freiburgs mit der Schwarzwaldbahn so wichtigen Autostraße Triberg—Elz sind die Arbeiten für die Verbesserung des Straßenstückes von der 975 Meter hohen Bahnhöhe Wilhelmshöhe in das obere Elztal in vollem Gange. An etwa 10 Stellen werden erhebliche Verbreiterungen angelegt, die über den Rahmen reiner Ausweichtstellen weit hinausgehen und eine beträchtliche Verbreiterung der Straße darstellen.

Aus der Landeshauptstadt

Mehr Straßendisziplin! Bei dem immer mehr gesteigerten Straßenverkehr mehren sich auch die Verkehrsunfälle, meistens verursacht durch Unachtsamkeit der Verkehrsbeteiligten. So meldet der hiesige Polizeibericht tagtäglich eine erhebliche Anzahl von Unfällen mit mehr oder minder schweren Folgen. Der heutige Polizeibericht weist vom geizigen Tage nicht weniger als sieben derartiger Unfälle auf, glücklicherweise durchweg leichterer Art. Verursacht werden diese Unfälle meist durch Kraftwagenführer und Radfahrer, die falsch überholen, das Vorfahrtrecht nicht beachten usw. Angesichts dieser sich mehrenden Unfälle ist es verständlich, daß die Polizei jetzt ernstlich gegen Zuwiderhandeln vorgeht und außerdem die bestehenden Vorschriften aufs neue eingehend hat und ihre Erweiterung und Anpassung an den zunehmenden Verkehr beabsichtigt.

Großfeuer. In dem Holzlager der Firma Heinrich Nausch in der Oberellstraße entstand heute früh kurz vor 4 Uhr ein Großfeuer. Der Kraftwagenführer wollte seinen Motorwagen vor der Ausfahrt in Ordnung bringen, als plötzlich eine Stichflamme herausschlug und sofort zündete. Er war nicht mehr fähig, das Feuer, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff, zu löschen. Der große Lagerstapel mit den Holzbohlen stand im Augenblick in hellen Flammen. Bei Eintreffen der Berufsfeuerwehr konnte das Feuer sofort eingedämmt werden. Der Kraftwagenführer erlitt bei seinen Lösungsversuchen schwere Brandwunden an beiden Händen. Der entstandene Schaden wird sich auf 40- bis 50 000 M belaufen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Heidelberg, 23. Aug. Der 72jährige Kaufmann Jakob Febringer, der seinen Geschäften noch nachging und sich auf dem Rückweg von einem Kundenbesuch befand, brach gestern abend in der Röhrenbader Landstraße, wo er auf die Elektrische wartete, in dem Augenblick zusammen, als die Straßenbahn sich der Haltestelle näherte, fiel gegen den Straßenbahnwagen, wurde zu Boden geschleudert und geschleift und erlitt dabei schwere innere und äußere Verletzungen, denen er erlag. Nach den polizeilichen Feststellungen trifft den Straßenbahnführer keine Schuld. Febringer war der Inhaber einer bekannten Feinstoff- und Weinhandlung, die er 1886 gegründet und seitdem immer mehr in die Höhe gebracht hatte.

Bad. Heidelberg, 23. Aug. Der als Nachfolger Kemperers zum Intendanten der Berliner Staatsoper am Platz der Republik ernannte Intendant Regal hat den bisherigen Heidelberger Intendanten Eugen Keller eingeladen, in Berlin Cimarroffs „Heimliche Ehe“ zu inszenieren. Keller hat mit den Proben in Berlin bereits begonnen.

Bad. Heidelberg, 23. Aug. Die ordentlichen Professoren an der Universität Heidelberg, Dr. med. Hermann Wieland, Direktor des pharmakologischen Instituts, und Dr. phil. Max Traut, Direktor des physikalisch-chemischen Instituts, sind zu ordentlichen Mitgliedern der Heidelberger Akademie gewählt worden.

Bad. Heidelberg, 23. Aug. In den beiden letzten Monaten ist das Heidelberger Thermalbad gut frequentiert worden. Es wurden in letzter Zeit täglich etwa 90 Bäder abgegeben. Nach Abschluß der Verhandlungen mit den Krankenkassen kann wohl noch mit einer erheblich stärkeren Inanspruchnahme gerechnet werden.

Bad. Schwezingen, 23. Aug. Im weltberühmten alten Schweizinger Schlossgarten, dessen Besucherzahl in diesem Jahre schon eine Viertelmillion überschritten hat, wird am 2. September im Rahmen des vom Verkehrsverein Schwezingen veranstalteten Gartenfestes eine den gesamten französischen Gartenteil umfassende Schlossbeleuchtung durchgeführt werden. Die Veranstaltung beginnt 1/2 9 Uhr abends, ab 10 Uhr der große Sommerball in den historischen Zirkelfesteln des Schlosses.

Baden-Baden, 23. Aug. Die Königin von Schweden traf am Mittwoch vormittag mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug in Baden-Baden ein. In ihrer Begleitung befindet sich Prinz Wilhelm und ihr Leibarzt. König Gustav war am Dienstag von Schloss Langenstein zurückgekehrt, wo er beim Grafen Dr. h. c. Douglas zu Besuch geweilt hatte. Die königliche Familie hat im Neuen Schloß Wohnung genommen. Der König wird, wie die „Bad. Presse“ meldet, noch etwa acht Tage hier bleiben und die Königin einige Wochen. Dann wird sie nach Rom reisen.

Bad. Freiburg i. Br., 23. Aug. Der Stadtrat Freiburg hat anlässlich des Todes des Rennfahrers Heuser an den Gemeinderat Kleinschmalzden ein Telegramm folgenden Inhalts abgehen lassen: Die Stadt Freiburg hat tief erschüttert die Nachricht vom Sporttod des Freiburger Bergrennfahrers und Trägers des Freiburger Stadtehrenpreises vernommen und spricht den Angehörigen des beliebten Sportmannes ihr aufrichtiges Beileid aus.

Bad. Singen a. S., 23. Aug. Das Verkehrsflugzeug Zürich-Euttgart-Frankfurt mußte vorgestern infolge Versagens der Wasserpumpe an der Aach bei Singen notlanden. Die Not-

landung ging glatt vonstatten, und die Passagiere setzten ihre Reise mit der Bahn fort. Das Flugzeug selbst mußte abmontiert werden, da bei dem ungünstigen Gelände ein Start unmöglich schien.

Bad. Säckingen, 23. Aug. Nachdem seit einiger Zeit die Arbeiten an der Quellenbohrung deshalb stockten, weil entgegen dem geologischen Gutachten auf Granit statt auf Kolliegendes gestoßen war, werden die Arbeiten nun von der Firma Brechtel, Ludwigshafen, fortgesetzt. Diese Firma hat auch die Bohrungen im Rheintal zur Erforschung des Untergrundes zu einem eventuellen Kraftwerksbau übernommen.

Verschiedenes

Die Berliner Fahrt des „LZ 127“

Zu den kürzlich in Stuttgarter Blättern veröffentlichten, aus Berlin stammenden Meldungen über den Besuch des Luftschiffes „Zeppelin“ auf der Herbst in Berlin stattfindenden internationalen Luftfahrtausstellung wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Der Zeitpunkt des Eintreffens des Luftschiffes in Berlin ist noch völlig unbestimmt. Es muß sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß das Luftschiff erst nach seiner Rückkehr von der Amerikafahrt die Berliner Ausstellung besuchen wird. Auch die Nachricht, daß in Friedrichshafen ein Ankermaß für die Na auf der Zeppelinwerft hergestellt werde, ist unrichtig. Lediglich die Konstruktionspläne für diesen Ankermaß, der von einer Maschinenbaugesellschaft hergestellt wird, stammen von der Friedrichshafener Werft. In Friedrichshafen selbst dürfte ein kleiner Ankermaß errichtet werden.

Aufklärung der Brandkatastrophe in Luhe

Die Brandkatastrophe in Luhe (Oberpfalz) am 9. und 10. August ist, wie erinnerrlich, durch einen Kurzschluß der elektrischen Leitung hervorgerufen worden. Dieser Kurzschluß ist nach den bisherigen Feststellungen durch die Fahrlässigkeit eines Monteurs bei der Instandsetzung einer Drehschraube infolge unzulässigen Eingriffs an der Sicherung entstanden. Die Zahl der zerstörten Gebäude beträgt über 100. Menschenleben sind nicht zu beklagen. 64 Familien wurden obdachlos. Die Versicherungskammer berechnet die Brandschädigung auf etwa 350 000 M. Der Gesamtschaden wird annähernd eine Million Reichsmark betragen. Zur Linderung der Notlage in Luhe sind umfangreiche Hilfsmaßnahmen im Gange.

Levines neuer Langstreckenflug

Der amerikanische Flieger Levine ist in Dessau eingetroffen, um ein Langstreckenflugzeug der Type „W 33“ (Vremes) mit Junkers LV-Motor zu übernehmen. Das Flugzeug soll auf einem Langstreckenflug verwendet werden, über dessen Richtung Levine volles Stillschweigen beharrt. Bei diesem Fluge wird es von dem amerikanischen Flieger Bert Acosta gesteuert werden.

Umfangreiche Waldbrände bei Toulon

Paris, 24. Aug. (Tel.) Durch Waldbrände, die vorgestern einsetzten und sich infolge des herrschenden Windes sehr stark ausbreiteten, sind Forstbestände nördlich von Toulon in 30 Kilometer Länge und 10 Kilometer Breite zerstört worden.

Überschwemmungskatastrophe in Nordchina

Nach einer Meldung der Agentur Japipacific aus Schanghai sind bei den Überschwemmungen in der Provinz Schantung 1800 Personen ertrunken.

10 Personen auf einer Farm ermordet

San Francisco, 23. Aug. (Tel.) Ein auf einer Farm nahe Fairfield lebender Chinese erwürgte gestern in einem Anfall von Geistesstörung die Familie seines Arbeitgebers und mehrere seiner Arbeitskollegen, im ganzen 10 Personen. Er wurde von der Polizei verhaftet. Die Opfer sind sämtlich Chinesen.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Unter dem Einflusse des von Frankreich nach Osten gewanderten Zwischenhochs trat gestern bei uns allgemeine Aufhellung ein. Die atlantische Zyklone, die einige Tage stationär vor der irischen Küste lag, dringt jetzt über England nach Osten vor. Da wir auch morgen noch auf ihrer Vorderseite bleiben werden, steht weiterhin heiteres Wetter mit zunehmender Erwärmung bevor. Eine heute morgen über Frankreich nordwärts sich erstreckende Gewitterfront, die durch starke Temperaturgegensätze auf beiden Seiten eines schmalen Ausläufers der vorerwähnten Zyklone bedingt ist, wird uns voraussichtlich bis heute noch erreichen und vorübergehend Bewölkung mit Gewitterregen bringen. Wetterausichten für Samstag: ziemlich heiter, warm und höchstens vereinzelt noch Gewitterregen.

Bücheranzeige

Anton Wildgans: Gedichte um Pan. Neue Gedichte. Mit einem Bildnis des Dichters in Tiefdruck. (72 Seiten Quart. F. G. Speidelsche Verlagsbuchhandlung Wien. — Das neue Werk enthält die erlesensten der in den letzten Jahren entstandenen, bisher noch nicht herausgegebenen Gedichte, Meisterwerke, die den Dichter in der Reife seines Lebens und auf der Höhe seines Schaffens zeigen, fruchtig voll Saft und Süße, Kraft und Bodenswürze. Kostbar in der Form, dennoch heißen Atem; gedanklich gefüllt, dennoch geeignet zum Wandern des Gefühls, bauen sich die Verse zu zeitlosen Reichen der Größe, wie alle wahre Dichtung. Sie umgeben in abligem Wuchs die „Panische Elegie“; nicht allein das schönste und gewichtigste Gedicht, das Wildgans geschaffen hat, sondern eines der gewichtigsten Gedichte unserer Zeit überhaupt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	24. Aug.		23. Aug.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.00	163.34	163.03	163.37
Kopenhagen 100 Kr.	111.82	112.04	111.87	112.09
Italien . . . 100 L.	21.25	21.99	21.56	21.22
London . . . 1 Pf.	20.339	20.379	20.344	20.384
New York . . 1 D.	4.172	4.279	4.1925	4.2005
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.365	16.405
Schweiz . . . 100 Fr.	80.69	80.85	80.71	80.87
Wien 100 Schilling	59.08	59.20	59.085	59.205
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.426	12.446

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 22. August d. J. beträgt der Londoner Feingoldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7777 pence.

HEUTE

Freitag, 24. August, beginnen unsere alljährlich nur einmal stattfindenden **SERIENTAGE**

Es wird Sie in Erstaunen setzen, was wir in den Preislagen 95 Rpf., 1,90, 2,90, 3,90, 4,90 RM. zu bieten vermögen

Beachten Sie unsere Schaufenster!

KNOPF

835

Eine gebrauchte, gut erhaltene
Feuerspritze
zu kaufen gesucht.
Gemeinde Freiamt.

Kassenschranke
Scherengitter in Spezialausführung
Eiserne Schränke — Fahrradständer
769 liefert
Herm. A. Siefert, Lahr i. B. Telephone 2943
Kassenschrankfabrik und Eisenkonstruktions-Werkstätten

Ludwig Schweisgut
Karlsruhe i. B.
Erbsenstraße 4 beim Rondellplatz
Flügel
Pianos 724
Harmoniums
Nur beste Fabrikate
Sehr mäßige Preise
Umtausch alter Klaviere

Maurer-, Schmiede-, Zimmer-, Kleiner-, Dachdecker-, Glaser- u. Anstreicherarbeiten der Treppen u. Bahnhofsüberdachungen der Station Redarsteinach öffentlich zu vergeben. Bedingungen u. Pläne liegen auf dem Baubüro in Redarsteinach zur Einsicht auf u. werden dort Leistungsbezeichnungen abgegeben. Angebote sind verschlossen, portofrei mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Öffnungstermin am 3. Sept. 1928, 11 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage. Reichsbauamts Oberbaurat a. N. 6.615

Bürgermeisterstelle.

Die **Bürgermeisterstelle** in Vammmental ist durch einen Berufsbürgermeister neu sofort zu besetzen. Bewerber wollen sich unter Beifügung des Lebenslaufes und Zeugnisse sowie Angabe der Gehaltsansprüche bis längstens **5. September d. J.** beim Gemeinderat melden.

Der Gemeinderat.

Trinkerfürsorger gesucht.

Anforderungen: Energische Persönlichkeit in den 30er Jahren, möglichst Badener, mit entsprechender Vorbildung und praktischer Fürsorgetätigkeit. Ausgebildete Sozialbeamten bevorzugt.
Bewerbungen unter N. 846 an die Expedition der **Carlsruher Zeitung.**

Wochenmarktordnung der Stadt Karlsruhe.

Auf Grund des § 69 Gew.-Ordnung, § 366 Ziff. 10 R. St. G. B., § 95 Pol. St. G. B. wird mit Zustimmung des Stadtrats und nach Vollziehung der Erklärung des Herrn Landeskommissärs vom 10. August 1928 folgende **Ortspolizeiliche Vorschrift**

erlassen:
Die Paragraphen 2 und 14 der Wochenmarktordnung für die Stadt Karlsruhe erhalten folgende Fassung:

§ 2.
Der Wochenmarkt beginnt in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober um 6.30 Uhr, in der Zeit vom 1. November bis 31. März um 7 Uhr. Er endet um 12.30 Uhr. Der Marktplatz muß um 13 Uhr geräumt sein.
Der Großmarkt beginnt jeweils eine halbe Stunde vor Beginn der allgemeinen Marktzeit und endet in der Zeit vom 1. Januar bis 30. September um 11 Uhr, sonst um 12.30 Uhr. In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember darf auf dem Großmarkt ein Kleinverkauf von Restbeständen nach 11 Uhr nicht mehr stattfinden.

§ 14.
Während der Marktzeit dürfen die Marktplätze zu einem anderen Zweck als dem des Marktverkaufs nicht benützt und nicht versperrt werden. Es ist verboten, durch die Reihen der Verkäufer zu reiten, Fahrzeuge aller Art zu fahren oder zu schieben, Vieh zu treiben oder in geschlossenen Abteilungen zu gehen oder zu laufen.
Während der Marktzeit sind für den Verkehr mit Fahrzeugen aller Art gesperrt: Die Stephansstraße, die Douglasstraße zwischen Kaiser- und Amalienstraße und die beiden Bahnhöfe der Werderstraße zwischen Marien- und Wilhelmstraße. Die Postleise in der Stephansstraße sind freizulassen.
Karlsruhe, den 20. August 1928. O. B. 75

Bad. Bezirksamt, Polizeidirektion.

Nehmen Sie bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Carlsruher Zeitung“

Pflasterarbeiten

Wir vergeben nach der Reichsbedingungsordnung DJN 1920 u. 1921 im öffentlichen Wettbewerb:

1. Pflasterung der Landstraße Nr. 116 innerhalb des Ortes Kirchgarten. Herstellen von rd. 4800 qm Kleinpflaster, Um- bzw. Neupflastern von rd. 1140 qm Rinnenpflaster, Versehen von rd. 750 m Leistensteinen, jeweils einschl. der Sandlieferung. Die Steine sind bereits geliefert.
2. Pflasterung der Landstraße Nr. 1 innerhalb des Ortes Krozingen. Herstellen von rd. 3800 qm Kleinpflaster, Um- bzw. Neupflastern von rd. 560 qm Rinnenpflaster, Versehen von 600 m Leistensteinen, jeweils einschl. Sandlieferung. Die Steine sind bereits geliefert.

Die Vergabe der Arbeiten erfolgt getrennt für Ziffer 1 und 2. Zeichnungen und Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer, Lessingstraße 12 III auf, wo auch die Angebotsordrude abgegeben werden. Letztere und die Bedingungen können auf Verlangen zu einem Preis von 50 Pf. zugesehen werden.

614
Angebote mit entsprechender Aufschrift „Pflasterung Kirchgarten“ u. „Pflasterung Krozingen“ sind verschlossen u. postfrei bis spätestens **Wittwoch, den 5. September 1928, vorm. 10 Uhr**, hierher einzureichen, wo zu dem genannten Zeitpunkt die Eröffnung der Angebote stattfindet. Zuschlagsfrist 2 Wochen.

Freiburg, 23. Aug. 1928.
Bad. Wasser- und Straßenbauamt.

Freihändiger Kuchholzerwerb.

Bad. Forstamt Staufen II, Samstag, 1. Sept.: 666 fm Nadelstammholz, wovon 7 fm Mastenholz. Kostverzeichnisse durch das Forstamt. 9.613